

Newsletter Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

Der neue europäische Aufbauplan: Next Generation EU 2

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- **Onlineplattformen entfernen Millionen von irreführenden Angeboten** 5
- **Leistungsbericht zu Forschung und Innovation veröffentlicht** 6
- **Befragung zu grenzüberschreitenden Investitionen in der EU** 6
- **Industrie im Dienste der Menschen** 7
- **Österreichische Beihilfe im Umfang von 8 Mrd. Euro gewährt** 7

Europäisches Parlament

- **Sitzungen der Parlamentsausschüsse** 8
- **Ein Jahr nach der Europawahl**
Umfragen der ÖGfE und des Europäischen Parlaments 10

Rat der Europäischen Union

- **Vorschau Ratspräsidentschaft Deutschland** 11
- **Treffen der EWR-MinisterInnen** 12

Laufende Konsultationen 13

Tagesordnungen der Institutionen 14

Impressum 14

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45–47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Der neue europäische Aufbauplan: Next Generation EU

Die Europäische Kommission hat am Mittwoch, den 27. Mai, einen neuen umfassenden Aufbauplan und einen Vorschlag für den nächsten langfristigen EU-Haushalt vorgelegt. Die Initiative „Next Generation EU“ stellt Mittel in Höhe von 750 Mrd. Euro für den Wiederaufbau zur Verfügung.

Das Jahr 2020 wurde bisher von der Corona-Krise bestimmt. Sie erschütterte Europa und die gesamte Welt bis in die Grundfeste und wurde eine gänzlich neue Herausforderung für die Gesellschaft. Gleichzeitig litt auch die Wirtschaft unter den Folgen des Lockdowns, der Grenzsicherungen und der Quarantäne. In Folge dessen wird für 2020 ein enormer Einbruch der europäischen Wirtschaft um bis zu 12 Prozent prognostiziert. Um Leben und Existenzgrundlagen der Menschen Europas zu schützen, Schäden am Binnenmarkt zu beheben und für einen nachhaltigen Aufschwung und Wohlstand zu sorgen, schlägt die Europäische Kommission einen Aufbauplan für die Zukunft vor: Das neue Aufbauinstrument trägt den Namen „Next Generation EU“. Es wird mit 750 Mrd. Euro ausgestattet und soll gezielt den nächsten langfristigen EU-Haushalts 2021-2027 stärken, dessen finanzielle Schlagkraft auf insgesamt 1,85 Billionen Euro erhöht werden soll.

Mobilisiert werden die enormen Mittel für „Next Generation EU“ indem die Eigenmittelobergrenze vorübergehend auf 2 Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU angehoben wird, sodass die Kommission dank ihres guten Kreditratings auf den Finanzmärkten 750 Mrd. Euro aufnehmen kann. Diese zusätzlichen finanziellen Mittel werden über einen langen Zeitraum aus künftigen EU-Haushalten zurückgezahlt – frühestens 2028 und spätestens 2058. Um dies fair und gemeinsam zu erreichen, schlägt die Kommission eine [Reihe neuer Eigenmittel](#) vor, also Einnahmen, die direkt an die EU gehen und zum Beispiel durch die Besteuerung von umweltschädlichen Produkten erreicht werden sollen.



Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stellte die neue Initiative „Next Generation EU“ im Plenarsaal des EU-Parlaments in Brüssel vor.

Die Mittel von „Next Generation EU“ sollen auf drei verschiedene Säulen verteilt werden: Erstens werden Mitgliedsstaaten bei Investitionen und Reformen direkt unterstützt. Dies wird vor allem über das Herzstück des gesamten Instrumentes – eine neue [Aufbau- und Resilienzfazilität](#) im Umfang von 560 Mrd. Euro – bewerkstelligt, welches vor allem finanzielle Unterstützung für öffentliche Investitionen und Reformen insbesondere im Bereich der grünen und der digitalen Wende bietet. Die Gelder, die zu zwei Dritteln als Zuschüsse und zu einem Drittel in Form von Krediten vergeben werden sollen, werden vor allem die am härtesten betroffenen Mitgliedsstaaten unterstützen. Zusätzlich werden die derzeitigen Kohäsionsprogramme über die neue [Initiative React-EU](#) um 55 Mrd. Euro und der [Fonds für einen gerechten Übergang](#) um 40 Mrd. Euro aufgestockt. Zweitens soll die Wirtschaft der EU durch Anreize für private Investitionen angekurbelt werden. Geplant ist ein neues [Solvenzhilfelinstrument](#), welches private Res-



Thema der Woche

sources für europäische Unternehmen mobilisieren soll. Das mit 31 Mrd. Euro ausgestattete Programm soll 300 Mrd. Euro an Solvenzhilfe für Unternehmen in allen Wirtschaftszweigen erbringen, um diese für eine sauberere, digitale und resiliente Zukunft vorzubereiten. Gleichzeitig plant die Kommission das Programm [InvestEU](#) aufzustocken und eine neue, in InvestEU eingebettete Fazilität für strategische Investitionen zu starten. Als dritte Säule sieht „Next Generation EU“ vor, die Lehren aus der Krise umzusetzen. Das bedeutet die Etablierung eines neuen Gesundheitsprogramms, [EU4Health](#), welches die Gesundheitssicherheit stärken und die Vorsorge für künftige Gesundheitskrisen sicherstellen soll und mit 9,4 Mrd. Euro ausgestattet wird. Zudem soll das Katastrophenschutzverfahren der Union, rescEU, und Horizont Europa beträchtlich aufgestockt werden. Zudem sieht der Aufbauplan vor, humanitäre Hilfe im Außenbereich der EU zu stärken.

Gleichzeitig betont die Kommission in ihrem neuen Aufbauprogramm, dass die Wirtschaft anzukurbeln nicht bedeutet, den Zustand vor der Krise wiederherzustellen. Ein Sprung nach vorne soll gewagt und die Mittel von „Next Generation EU“ für die Umgestaltung des langfristigen EU-Haushalts genutzt werden. Dies bedeutet die Verwendung des europäischen Green Deals – einschließlich der Programme zur Renovierungswelle, Kreislaufwirtschaft, erneuerbaren Energie und sauberen Verkehr – als Aufbaustrategie der EU. Gleichzeitig plant die Kommission eine Stärkung des Binnenmarktes und seine Anpassung an das digitale Zeitalter durch Investitionen und mehr und bessere Konnektivität, stärkere industrielle und technologische Präsenz und der Aufbau einer echten Datenwirtschaft als Motor für Innovation und Beschäftigung. Wichtig für die Kommission ist zudem den Aufbau fair und inklusive für alle zu gestalten, indem Arbeitslose unterstützt, ein Aktionsplan für

die digitale Bildung umgesetzt und faire Mindestlöhne vereinbart werden. Insgesamt soll die EU weltweit eine Vorreiterinnenrolle einnehmen und Vorbild für andere Staaten sein.

Erste positive Rückmeldungen für die Initiative kommen vom Verhandlungsteam für den langfristigen EU-Haushalt des Europäischen Parlaments. Gleichzeitig äußerte dieses aber Bedenken über die zukünftigen Schulden und die Art und Weise, wie sie zurückgezahlt werden. Dabei unterstrichen sie jedoch, ebenfalls für eine Refinanzierung durch Eigenmittel einzustehen. Die größten Skeptiker der EU-Pläne sind die sogenannten „sparsamen Vier“, also die Staaten Österreich, Schweden, Dänemark und die Niederlande. Verhaltene Kompromissbereitschaft kam jedoch bereits aus der Richtung von Bundeskanzler Sebastian Kurz. Er sieht den Kommissionsvorschlag als „*Ausgangspunkt für Verhandlungen*“. In einer Presseaussendung begrüßte er die zeitliche Befristung, die eine Vergemeinschaftung von Schulden verhindere. Doch *„was noch verhandelt werden muss, das ist die Höhe sowie das Verhältnis zwischen Zuschüssen und Krediten“*, so Kurz. Mehr Begeisterung zeigt der Koalitionspartner: Der Grüne Europasprecher Michel Reimon bezeichnete den Kommissionsvorschlag als *„guten Ausgangspunkt“* und schrieb: *„Österreichs Koalition muss und wird sich an einer solidarischen Lösung beteiligen“*.

Damit das Instrument „Next Generation EU“ und der Gesamthaushalt der EU für 2021-2027 in Kraft treten kann, müssen sowohl das Parlament als auch der Rat, also die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten, dem Vorschlag zustimmen. Die Kommission pocht dabei auf eine möglichst rasche Einigung noch im Verlauf des Sommers.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Thema der Woche

„Mit dem Aufbauplan verwandeln wir die immense Herausforderung in eine Chance, weil wir nicht nur den Aufbau unterstützen, sondern auch in unsere Zukunft investieren: Der europäische Grüne Deal und die Digitalisierung werden Beschäftigung und Wachstum ankurbeln und die Resilienz unserer Gesellschaften und die Gesundheit unserer Umwelt fördern. Dies ist die Stunde Europas. Unsere Bereitschaft zu handeln muss den Herausforderungen, vor denen wir stehen, entsprechen. Mit dem Instrument „Next Generation EU“ geben wir eine ehrgeizige Antwort.“

- Ursula von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin



„Unser gemeinsamer Haushalt ist das Herzstück des europäischen Aufbauplans. Dank der zusätzlichen Schlagkraft des Instruments „Next Generation EU“ und des verstärkten mehrjährigen Finanzrahmens können wir Solidarität zeigen und die Mitgliedstaaten und die Wirtschaft unterstützen. Gemeinsam wird Europa wettbewerbsfähiger, resilienter und souveräner aus der Krise hervorgehen.“

- Johannes Hahn, EU-Haushaltskommissar

„Mit dem Vorschlag sind viele Segel richtig gesetzt und wir haben eine gute Verhandlungsgrundlage. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat wesentliche Forderungen des Europäischen Parlaments übernommen. Sowohl der dringend notwendige Wiederaufbau als auch Antworten auf die wichtigen Zukunftsfragen wie den Klimawandel und die Digitalisierung sind abgebildet. Ich erwarte von den EU-Staats- und Regierungschefs, dass sie europäische Verantwortung und Solidarität zeigen und den eingeschlagenen Weg gemeinsam entschlossen unterstützen.“

- Othmar Karas, Vizepräsident des Europaparlaments.



Die Stellungnahme des EP-Verhandlungsteams finden Sie [hier](#), Statements mehrerer Abgeordneter [hier](#).

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Europäische Kommission

Onlineplattformen entfernen Millionen von irreführenden Angeboten

Infolge eines EU-weiten Screenings („Sweep“) von Websites haben Onlineplattformen Millionen von falschen und betrügerischen Inhalten entfernt oder blockiert.

Bereits Ende April hat die EU-Kommission ein Screening angestoßen, um irreführende Inhalte, die gegen die EU-Verbraucherregeln verstoßen, zu identifizieren und zu beseitigen. Daraufhin führten die Verbraucherschutzbehörden der 27 EU-Mitgliedsstaaten, die im Netz für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz (CPC) kooperieren, eine Kontrolle durch. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei den Screening-Angeboten im Zusammenhang mit Schutzmasken, Desinfektionsgelen, Testkits sowie Lebensmitteln, Nahrungsergänzungsmitteln und Non-Food-Produkten mit angeblich heilender Wirkung im Zusammenhang mit dem Coronavirus. Insgesamt wurden 268 Websites gescreent, von denen 206 zur weiteren Untersuchung wegen möglicher Verstöße gegen das EU-Verbraucherrecht vorgemerkt wurden. 88 Websites enthielten Produkte mit angeblich heilender oder präsentativer Wirkung gegen das Coronavirus, weitere 30 Websites enthielten ungenaue Behauptungen über den Mangel von bestimmten Produkten und 24 Websites standen unter dem Verdacht unlauterer Praktiken zur Erzielung überhöhter Preise.

Insgesamt hat das Screening gezeigt, dass der anhaltende Austausch zwischen der Kommission und den wichtigsten Online-Plattformen Früchte trägt: Beispielsweise hat Google über 80 Millionen Coronavirus-bezogene Anzeigen blockiert oder entfernt. EBay hat mehr als 17 Millionen Einträge von seinem globalen Markt blockiert oder entfernt, die gegen die EU-Verbrauchervorschriften verstoßen. Amazon beobachtete einen 77 prozentigen Rückgang der wöchentlichen Anzahl neuer Produktlisten mit Angaben zu Coronaviren im Vergleich zum März.

Info-Box:

Im Netzwerk für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz (CPC) sind Behörden zusammengeschlossen, die für die Durchsetzung des EU-Verbraucherrechts zuständig sind. Das Netzwerk soll die Verbraucherinteressen in allen EU-Ländern sowie in Island, Liechtenstein und Norwegen schützen. Damit die zusammengeschlossenen Behörden grenzüberschreitend operieren können, werden ihre Maßnahmen auf EU-Ebene koordiniert. Die EU-weiten Screenings werden jedes Jahr von den Behörden des Netzwerks für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz anhand eines gemeinsamen, von der Kommission entworfenen Fragebogens durchgeführt.

Mehr Informationen zum Netzwerk der Europäischen Verbraucherzentren (CPC) finden Sie [hier](#).

Die Kommission hat nun ihre Empfehlungen an die VerbraucherInnen aktualisiert und die Plattformen aufgefordert, wachsam zu bleiben, ihre Bemühungen fortzusetzen sowie der Kommission und den Verbraucherbehörden regelmäßig Feedback zu geben. Die Kommission wird die Zusammenarbeit zwischen CPC-Behörden und Domain-Registern koordinieren, die aufgefordert werden können, schädliche Websites zu entfernen. Darüber hinaus wird die Kommission die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch mit Selbstregulierungsbehörden für Werbung bei der Entwicklung automatischer Tools zur Suche nach irreführenden Anzeigen fortsetzen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#). Die Website der Kommission zu Betrugsmaschinen im Zusammenhang mit COVID-19 finden Sie [hier](#).

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Europäische Kommission

Leistungsbericht zu Forschung und Innovation veröffentlicht

Die Europäische Kommission hat einen neuen Leistungsbericht im Bereich Wissenschaft, Forschung und Innovation veröffentlicht, in dem analysiert wird, wie Europa dabei im globalen Kontext abschneidet.

Der Bericht der Kommission zeigt auf, dass die EU bei der wissenschaftlichen Produktion und Exzellenz im Spitzenfeld liegt. So werden beispielsweise 25 % der am häufigsten zitierten wissenschaftlichen Veröffentlichungen zum Thema Klima in der EU verfasst. Dennoch sind weitere Anstrengungen erforderlich: Vor allem im Bereich der Digitalisierung sollen die Forschenden gefördert und zugleich für eine offene Wissenschaft und ausreichende Investitionen in hochwertige Dateninfrastrukturen gesorgt werden. Zentrale Rolle wird hier auch in Zukunft das nächste Rahmenprogramm der EU für Forschung und Innovation spielen, nämlich [Horizont Europa](#). In dem Leistungsbericht wird zudem hervorgehoben, dass Forschung und Innovation sowohl Unternehmen als auch Regionen und Länder bei einem nachhaltigen und inklusiven Wachstum unterstützen müssen, damit bei der angestrebten Stärkung der Innovationssysteme niemand – insbesondere weniger entwickel-

te Regionen – abgehängt wird. Außerdem wird in dem Bericht betont, dass es zu gewährleisten gilt, dass die EuropäerInnen angesichts neuer technologischer Revolutionen über die richtigen Kompetenzen verfügen. Ferner wird auf die wichtige Rolle der Forschung und Innovation für die nachhaltige Steigerung der Produktivität der Unternehmen – und damit der Beschäftigung und Wertschöpfung – hingewiesen. Der Zweijahresbericht 2020 enthält insbesondere elf politische Empfehlungen zum Schutz der Menschen, des Planeten und des Wohlstands. Gemeinsam sollen diese Empfehlungen zu einem fairen, klimaneutralen und digitalen Europa beitragen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen und Regionen stärken.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#), den vollständigen Bericht [hier](#).

Befragung zu grenzüberschreitenden Investitionen in der EU

Die Europäische Kommission hat eine öffentliche Konsultation dazu gestartet, wie grenzüberschreitende Investitionen in der EU geschützt und erleichtert werden können.

Investitionen von Unternehmen und Privatpersonen tragen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zu einem breiteren Angebot an Dienstleistungen und Produkten im Binnenmarkt bei. Zudem sind sie notwendig, um die wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie zu bewältigen. Um das Vertrauen der Anleger zu stärken, bedarf es eines Investitionsumfeldes mit klaren, kohärenten Regeln und wirksamen Rechtsbehelfen. Daher bittet die Kommission inte-

ressierte Einzelpersonen, Interessenvertretungen, Verbände, Organisationen und Behörden um Rückmeldung. Ziel ist es, den derzeitigen Investitionsschutz zu bewerten und Impulse für künftige politische Initiativen der Kommission zu sammeln. Die Konsultation läuft bis zum 8. September 2020.

Die Konsultation finden Sie [hier](#).



Europäische Kommission

Industrie im Dienste der Menschen

Die Europäische Kommission hat eine Website veröffentlicht, auf der die Produktionsumstellungen verschiedener Unternehmen zur Unterstützung der Menschen in der Corona-Pandemie präsentiert werden.

Im Laufe der Corona-Pandemie haben viele europäische Unternehmen ihre Produktion umgestellt, um der Nachfrage nach Schutzausrüstungen, Desinfektionsmitteln und medizinischen Geräten gerecht zu werden. Die Kommission hat diese Schritte unterstützt, in dem Regeln verschlankt und dafür gesorgt wurde, dass Normen für Gesichtsmasken und andere Schutzausrüstungen allen interessierten Parteien frei zugänglich gemacht wurden. Um die Zulassung wesentlicher Produkte zu beschleunigen, die Unternehmen bei der Anpassung ihrer Produktionslinien zu unterstützen und den bürokratischen Aufwand bei der Gesetzgebung zu verringern, hat die Kommission darüber hinaus Leitlinien mit praktischen Fragen und Antworten in den Bereichen Persönliche Schutzaus-

rüstung, Handreinigungs- und Händedesinfektionsmittel zum Selbstgebrauch sowie 3D-Druck erlassen. „Ich möchte den Unternehmen von ganzem Herzen dafür danken, dass sie ihre Produktionsanlagen umgerüstet haben“, sagte dazu Binnenmarktkommissar Thierry Breton. „Wir werden diese Krise nur überwinden, wenn wir zusammenarbeiten. Bei diesen Bemühungen spielt unsere Industrie eine entscheidende Rolle.“ Die Kommission hat zudem eine neue interaktive Website veröffentlicht, auf der zahlreiche Beispiele für die Produktionsumstellung von Unternehmen präsentiert werden.

Die Website finden Sie [hier](#), ein Faktenblatt mit aktuellen Beispielen für Produktionsumstellungen [hier](#).

Österreichische Beihilfe im Umfang von 8 Mrd. Euro gewährt

Erneut hat die Europäische Kommission eine 8 Mrd. Euro schwere Regelung Österreichs zur Entschädigung von Unternehmen für Einbußen, die sie infolge des Ausbruchs des Coronavirus erleiden, gewährt.

Im Zuge dieser Regelung haben Unternehmen Anspruch auf Entschädigung bestimmter Einbußen, die infolge der Corona-Pandemie entstanden sind. Die Entschädigung über Direktzuschüsse kann bis zu 75 Prozent der Fixkosten in einem begrenzten Zeitraum von drei Monaten abdecken. Der Höchstbetrag liegt bei 90 Mio. Euro.

Diese Regelung Österreichs konnte im Zuge des neuen Befristeten Rahmen der Europäischen Union auf-

gestellt und nun nach dem grünen Licht der Kommission angewandt werden. Seit Ausbruch der Krise hat die Kommission bisher eine österreichische Liquiditätsregelung über 15 Milliarden Euro, Garantieregelungen für österreichische Klein- und Mittelunternehmen und regionale Beihilfevorhaben genehmigt.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäisches Parlament

Sitzungen der Parlamentsausschüsse

Vergangene Woche diskutierten Abgeordnete des Europäischen Parlaments in mehreren Ausschusssitzungen über die Konferenz zur Zukunft Europas, die Situation von Saison- und GrenzarbeitnehmernInnen in der Corona-Krise, die Stärkung des Binnenmarktes und das Verkehrs- und Tourismuspaket der Kommission.

Konferenz über die Zukunft Europas

Eigentlich hätte bereits im Mai 2020 die Konferenz über die Zukunft Europas stattfinden sollen, um innerhalb von zwei Jahren mit Bürgerbeteiligung unter Einbeziehung eines Querschnitts der Gesellschaft, die künftige Form und Gestalt der EU zu definieren. Doch die Corona-Pandemie warf diesen Plan über den Haufen. Bereits im April betonte das Europäische Parlament in seiner Entschließung zur Reaktion der EU auf die COVID-19-Pandemie, dass *„die Konferenz so bald wie möglich einberufen werden muss, [...] um eine tiefgreifende Reform der Union herbeizuführen“*.

Dies wurde nun im Verfassungsausschuss des Parlaments weiter diskutiert. Damit wirksame Reformen auf Grundlagen der Konferenz durchgesetzt werden können, müsse diese so bald wie möglich stattfinden, unterstrichen die Abgeordneten. Viele RednerInnen forderten von den Mitgliedstaaten die Zusage, konferenzgesteuerte Reformen durchzuführen, möglicherweise einschließlich Vertragsänderungen. Eine breite Mehrheit betonte auch, dass eine gemeinsame Erklärung zwischen Parlament, Rat und Kommission vor dem Sommer abgeschlossen werden muss, damit die Konferenz im September eröffnet und bis Ende des Jahres auf Hochtouren laufen kann. Weitere wichtige Forderungen waren die direkte BürgerInnenbeteiligung, ein Bottom-Up-Prinzip mit einer offenen Agenda und der Einsatz digitaler Technologien für eine Fernbeteiligung während der Pandemie.

Auch die EU-MinisterInnen für europäische Angelegenheiten besprachen die Konferenz in einer gemeinsamen Sitzung und zeigten sich entschlossen, so

bald wie möglich einen gemeinsamen Standpunkt des Rates zu finden und mit anderen Institutionen zusammenzuarbeiten, damit die Inangsetzung der Konferenz erleichtert werden kann.

Die Sitzung des Verfassungsausschusses können Sie [hier](#) nachsehen, mehr Informationen zum Treffen der Europa-MinisterInnen finden Sie [hier](#).

Situation von Saison- und GrenzarbeitnehmernInnen in der Corona-Krise

In einer weiteren Ausschussdebatte diskutierten die Abgeordneten des EU-Parlamentsausschusses für Beschäftigung und Soziales mit Vertretern der Kommission, des kroatischen Rat-Vorsitzes und der Europäischen Arbeitsbehörde, darüber, wie eine sichere grenzüberschreitende Mobilität der Arbeitskräfte gewährleistet werden soll. Die Abgeordneten zeigten sich zutiefst besorgt über Berichte, die die prekären Arbeitsbedingungen und das Fehlen von Sicherheitsmaßnahmen für grenzüberschreitende Beschäftigte und Saisonarbeiter aufzeigten. Diese Menschen stellen einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherheit Europas dar, ihre Rechte werden ihnen aber häufig verweigert. Dies stellt seit langen ein Problem dar, wird nun durch die Corona-Krise aber erneut ersichtlich.

Die Abgeordneten forderten die Mitgliedstaaten auf, die Arbeitsaufsicht gegebenenfalls gemeinsam mit der Europäischen Arbeitsbehörde zu verstärken und die EU-Rechtsvorschriften zur Regelung verschiedener Aspekte der Mobilität, einschließlich Freizügigkeit, Entsendung von Arbeitnehmern und Koordination der sozialen Sicherheit, vollständig umzusetzen. Zudem betonten die EU-ParlamentarierInnen, dass



Europäisches Parlament

die Digitalisierung von Verfahren und Anträgen dazu beitragen könnte, die verschiedenen Sozialversicherungssysteme der nationalen Behörden zu koordinieren, um den Sozialschutz für alle Arbeitnehmer in der EU zu gewährleisten. Insgesamt seien strengere Maßnahmen erforderlich um die mobilen Arbeitskräfte zu schützen. Echte Freizügigkeit sei schließlich nur dann möglich, wenn der die Arbeitsplätze sicher seien.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Stärkung des Binnenmarktes

Die Abgeordneten des Wirtschafts- und Währungsausschusses des EU-Parlaments (ECON) äußerten während einer Debatte mit der Exekutivizepräsidentin der Kommission, Margrethe Vestager, Bedenken hinsichtlich des europäischen Binnenmarktes. Mehrheitlich begrüßten die Abgeordneten des Ausschusses zwar das staatliche Beihilfesystem in der Corona-Krise, betonten jedoch auch, dass alle nationalen staatlichen Beihilfeinstrumente wie Zuschüsse oder zinslose Darlehen verhältnismäßig sein und auf transparente Weise zugewiesen werden müssen. Zudem wiesen sie auf die großen Unterschiede unter den Mitgliedsstaaten bei der Finanzierung solcher Beihilfen hin, die wahrscheinlich langfristige Auswirkungen auf den Zusammenhalt des Binnenmarktes haben dürften. Kommissarin Margrethe Vestager stimmte den ParlamentarierInnen zu, dass der Binnenmarkt für die Erholung nach der Krise von entscheidender Bedeutung sei und versicherte, dass staatliche Beihilfen vorübergehend, begrenzt und zum Schutz vor Insolvenzen und Entlassungen vorgesehen seien. Sie betonte zudem, dass sich der neue Recovery-Plan auf die Minimierung von Binnenmarktverzerrungen konzentrieren werde. Margrethe Vestager ging auch auf die wiederkehrenden Bedenken vieler Abgeordneter ein, dass der Großteil der staatlichen Beihilfen (47%) von deutschen Unternehmen erhalten wurden und hob die gegenseitige Ab-

hängigkeit der EU-Wirtschaft und der miteinander verbundenen Wertschöpfungsketten hervor. Die deutschen Ausgaben würden daher Unternehmen in der gesamten EU zugute kommen, betonte sie. Darüber hinaus sprach die Kommissarin über die Notwendigkeit, Gleichgewicht zwischen strategischer Unabhängigkeit, Handel und einer offenen Wirtschaft zu finden, was eine der Hauptstärken der EU darstelle. Sie forderte einen differenzierten Ansatz zwischen Eigenständigkeit und einer offenen Weltwirtschaft, da viele Arbeitsplätze und Unternehmen von diesem Gleichgewicht abhängen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

Rückmeldung des EU-Parlaments zum Verkehrs- und Tourismuspaket

Der Verkehrs- und Tourismusausschuss erörterte in einer Debatte die Leitlinien der Europäischen Kommission zur sicheren Wiederaufnahme des Reiseverkehrs und zur Wiedereröffnung von Tourismusunternehmen. Die Abgeordneten unterstrichen die Notwendigkeit, das Vertrauen in sicheres Reisen durch zusätzliche konkrete Maßnahmen wiederherzustellen, da die derzeitige Situation trotz des vorgeschlagenen Pakets ungewiss bleibt. Zudem sprachen die Abgeordneten das Problem des massiven Verlusts von Arbeitsplätzen und des Insolvenzrisikos in diesem Sektor an und äußerten sich zum Mangel an konkreter Hilfe und spezifischer kurzfristiger finanzieller Unterstützung sowie zur Notwendigkeit einer speziellen langfristigen Haushaltslinie. Darüber hinaus wiesen die ParlamentarierInnen darauf hin, dass die Regeln für Erstattungen in verschiedenen Mitgliedsstaaten zu oft missachtet werden. Die Vertretung der Kommission versicherte den Abgeordneten jedoch, dass sie das Problem genau verfolgen und die Passagiere das Recht auf Barauszahlung behalten.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).



Europäisches Parlament

Ein Jahr nach der Europawahl – Umfragen der ÖGfE und des Europäischen Parlaments

Genau ein Jahr nach der Europawahl 2019 führte die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) eine Umfrage über die Meinung der ÖsterreicherInnen zum EU-Parlament durch. Gleichzeitig befragte das Parlament die BürgerInnen nach deren Meinung zum Umgang mit der Corona-Krise.

Am 26. Mai 2019 fand die letzte Europawahl statt. Die BürgerInnen der Europäischen Union konnten dabei direkt ihre VertreterInnen für das EU-Parlament wählen. Genau ein Jahr nach dieser Wahl führte die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft im Auftrag der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) eine Umfrage in Österreich durch: Der Umfrage zufolge halten 62 Prozent der ÖsterreicherInnen die Arbeit des EU-Parlaments für wichtig. Doch nur 29 Prozent der Befragten geben an, oft in den Medien Nachrichten oder Informationen über das EU-Parlament zu registrieren. Dahingehend ist die mediale Aufmerksamkeit dem EU-Parlament gegenüber im Vergleich zu früheren Befragungen schwächer geworden. Gleichwohl fühlen sich auch nur 29 Prozent gut über die Arbeit und Aufgaben des Europäischen Parlaments informiert. 22 Prozent geben sogar an, sehr schlecht informiert zu sein. Den Einfluss des EU-Parlaments auf Entscheidung in der EU betreffend, gestehen 43 Prozent der ÖsterreicherInnen dem Parlament großen Einfluss zu. Schlussendlich haben 32 Prozent der Befragten großes Vertrauen in das Parlament, wenn es darum geht, die aktuelle Corona-Pandemie zu bewältigen. Eher geringes bzw. sehr geringes Vertrauen haben hingegen 57 Prozent der BürgerInnen.

Eine weitere Umfrage des Europäischen Parlaments umfasste BürgerInnen der gesamten EU und be-

schäftigt sich mit dem Umgang der Corona-Krise. Der Befragung zufolge fordern rund sieben von zehn Befragten (69 Prozent) eine stärkere Rolle der EU bei der Bekämpfung dieser Krise. Gleichzeitig sind fast sechs von zehn Befragten unzufrieden mit der Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten während der Pandemie. Drei von vier Befragten aus allen befragten Ländern geben an, von EU-Maßnahmen zur Reaktion auf die Coronavirus-Pandemie gehört, gesehen oder gelesen zu haben. Doch rund die Hälfte dieser Personen ist mit den getroffenen Maßnahmen nicht zufrieden. Eine klare Mehrheit der Befragten (58 Prozent) gab in der Umfrage an, dass sie seit Beginn der Coronavirus-Pandemie in ihrem Privatleben finanzielle Schwierigkeiten haben. Zu diesen Problemen gehören Einkommensverluste (30 Prozent), Arbeitslosigkeit oder Teilarbeitslosigkeit (23 Prozent), die frühzeitige Verwendung persönlicher Ersparnisse (21 Prozent), Schwierigkeiten bei der Zahlung von Miete, Rechnungen oder Bankkrediten (14 Prozent) sowie Schwierigkeiten, eine angemessene und anständige Verpflegung zu bekommen (9 Prozent). Jeder zehnte Befragte gab an, Familie oder Freunde um finanzielle Hilfe gebeten zu haben, während 3 Prozent der Befragten vor dem Bankrott standen.

Mehr Informationen zur Umfrage der ÖGfE finden Sie [hier](#), mehr Informationen zur Umfrage des EU-Parlaments [hier](#).



Rat der Europäischen Union

Vorschau Ratspräsidentschaft Deutschland

Ab Juli übernimmt Deutschland für sechs Monate die rotierende europäische Ratspräsidentschaft von Kroatien. Der deutschen Bundesregierung obliegt dann die Aufgabe, die EU aus der Corona-Krise zu führen.

Alle sechs Monate übernimmt ein anderer EU-Mitgliedsstaat die Aufgabe des Europäischen Ratsvorsitz. Im Zuge dessen obliegt es dem Land, den Vorsitz bei Sitzungen und Tagungen auf allen Ebenen des Rates wahrzunehmen und für die Kontinuität der Arbeit der EU im Rat zu sorgen. Nach einem halben Jahr wird Kroatien am 1. Juli 2020 den Vorsitz an Deutschland übergeben, das nun die Richtung des Rates bis Jahresende vorgeben wird.

Der Ausbruch der Corona-Pandemie hat die deutsche Regierung jedoch dazu gezwungen, eine radikale Überarbeitung ihrer ursprünglichen Prioritäten für die EU-Ratspräsidentschaft vorzunehmen. Dabei muss ein Spagat zwischen der Reaktion auf die Krise, ihre ökonomischen und sozialen Auswirkungen sowie den wichtigen Zukunftsthemen vollführt werden. Am Mittwoch, den 27. Mai, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel daher den Fraktionsspitzen im Europäischen Parlament ein Dokument mit dem neuen Programm der deutschen Ratspräsidentschaft übermittelt.

Der Bundesregierung wird die schwierige Aufgabe zukommen, die Verhandlungen über den neu vorgestellten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und den Recovery Fund erfolgreich zu führen und vor allem die „sparsamen Vier“ (Österreich, Schweden, Dänemark und die Niederlande) zu Kompromissen zu bewegen. Aber auch Themen wie Rechtsstaatlichkeit, Brexit und die Reform des Gemeinsamen Europäi-



Angesichts der derzeitigen Corona-Pandemie wird die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel ein Krisenpräsidentschaft im EU Rat anführen müssen. Viele Prioritäten wurden bereits an die neue Situation angepasst.

schen Asylsystems werden behandelt werden müssen. Die Bundesregierung strebt außerdem nach einer Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Ein schwieriges Thema die kommenden sechs Monate über werden zudem die Wiederaufnahme der Verhandlungen zum umstrittenen Mercosur-Handelsvertrag und die Handelspolitik mit den USA sein. Diese gehören zu den erklärten Prioritäten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, dürften jedoch anderen Mitgliedsstaaten nicht gefallen.

Mehr Informationen über den Vorsitz im Rat der EU finden Sie [hier](#).



Rat der Europäischen Union

Treffen der EWR-MinisterInnen

Am Montag, den 25. Mai, trafen sich die MinisterInnen der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR), um über die Auswirkungen der Corona-Krise auf den Binnenmarkt zu diskutieren.

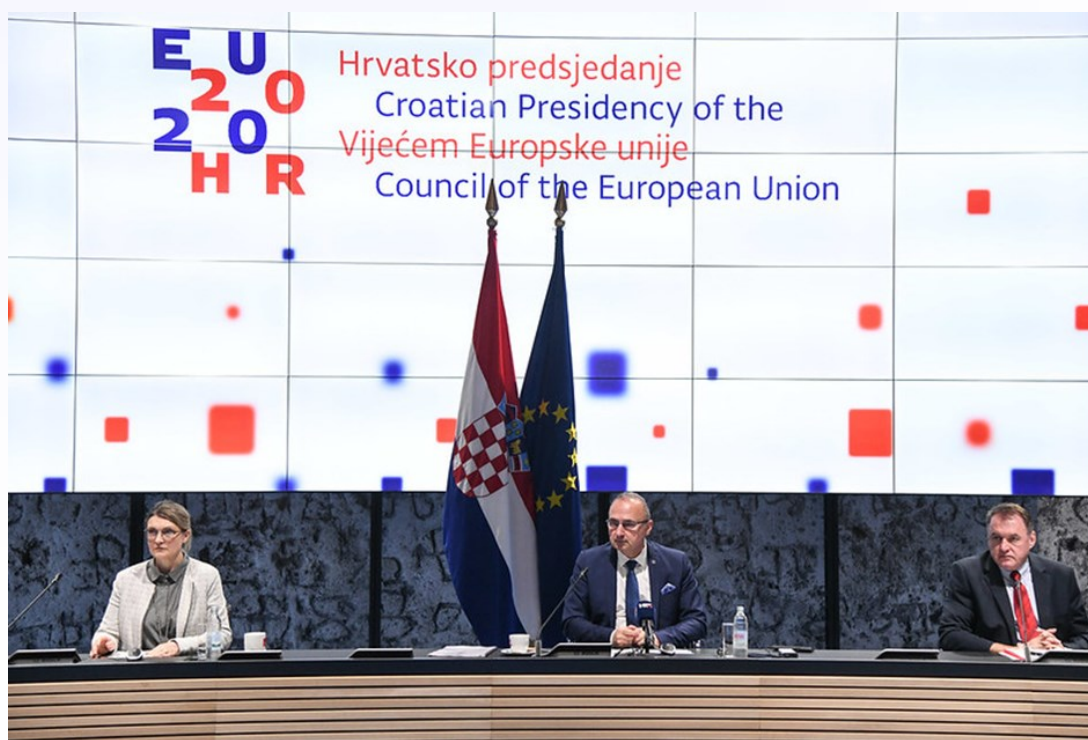
Der EWR besteht aus den EU-Mitgliedsstaaten und den EFTA-Staaten Island, Liechtenstein und Norwegen.

Nach einer Diskussion über die derzeitige Situation in den Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich, präsentierte der Exekutivizepräsident der EU-Kommission, Frans Timmermans, die Fortschritte im europäischen Green Deal und betonte, dass dieser Plan trotz Gesundheitskrise weiterhin die Grundlage für den notwendigen wirtschaftlichen Wandel hin zu nachhaltiger Entwicklung und Klimaneutralität sein wird. Anschließend tauschten sich MinisterInnen und EU-Beamte über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Binnenmarkt und das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum aus. Alle VertreterInnen nahmen am Ende der Sitzung eine gemeinsame Erklärung an, in der sie vereinbarten, dass der funktionierende Binnenmarkt in ihrem ge-

meinsamen Interesse liege. In der gemeinsamen Erklärung wurde zudem betont, wie wichtig es sei, die Krise im Geiste der Solidarität anzugehen und die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den europäischen Regionen zu verringern.

Als Vorsitzender dankte Außen- und Europaminister Grlić Radman den EWR-Ländern für ihre Antwort: „Die COVID19-Pandemie ist ein Problem, dem wir uns gemeinsam stellen und gemeinsame Lösungen finden müssen. Die multilaterale Zusammenarbeit ist die einzig wirksame Reaktion auf die COVID19-Pandemie. Daher war dieses Treffen ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Erholung der EU und des EWR von der aktuellen Krise.“

Das Statement der EWR-MinisterInnen finden Sie [hier](#), mehr Informationen [hier](#).





Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Rahmen für Investitionsschutz und -erleichterung](#)

Bank- und Finanzdienstleistungen

26. Mai 2020 - 8. September 2020

[Mehrwertsteuerregelung für Reisebüros \(Bewertung\)](#)

Steuern

25. Mai 2020 - 14. September 2020

[Laden von Software auf Funkanlagen](#)

Binnenmarkt

25. Mai 2020 - 14. September 2020

[Transeuropäische Energieinfrastruktur – Überarbeitung der Leitlinien](#)

Energie

18. Mai 2020 - 13. Juli 2020

[Anpassung an den Klimawandel – EU-Strategie](#)

Klimaschutz

14. Mai 2020 - 20. August 2020

[Tiefseefischerei im Nordostatlantik – Bewertung der EU-Vorschriften](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei

13. Mai 2020 - 5. August 2020

[Bewertung der EU-Politik zur Förderung der Landwirtschaft](#)

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

8. Mai 2020 - 11. September 2020

[Geldwäsche & Terrorismusfinanzierung – Aktionsplan](#)

Binnenmarkt

7. Mai 2020 - 13. August 2020

[Verbringung von Abfällen – Überprüfung und Bewertung der EU-Vorschriften](#)

Umwelt

7. Mai 2020 - 30. Juli 2020

[Finanzierungsmechanismus der Union für erneuerbare Energien](#)

Umwelt

6. Mai 2020 - 3. Juni 2020

[Emissionsarme Fahrzeuge - Verbesserung der Tank-/Ladeinfrastruktur der EU](#)

Verkehr

6. April 2020 - 29. Juni 2020

[Alternative Kraftstoffe und Infrastruktur – Bewertung](#)

Verkehr

6. April 2020 - 29. Juni 2020

[Klimazielpfad 2030](#)

Klimaschutz

31. März 2020 - 23. Juni 2020

[Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen](#)

Beschäftigung und Soziales

31. März 2020 - 23. Juni 2020

[Zollabkommen EU-China](#)

Zoll, Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

24. März 2020 - 16. Juni 2020

[Galileo-Satellitensystem – Nutzung für kritische Infrastruktur \(Telekommunikation, Energie, Finanzen\)](#)

Binnenmarkt

23. März 2020 - 15. Juni 2020

[EU-Tierschutzstrategie \(2012-15\) - Bewertung](#)

Lebensmittelsicherheit

23. März 2020 - 15. Juni 2020

[Handel – Zollpräferenzschema der EU für Entwicklungsländer \(Aktualisierung\)](#)

Handel

11. März 2020 - 3. Juni 2020

[Bewertung des EU-Rechtsrahmens für die Bestrahlung von Lebensmitteln](#)

Lebensmittelsicherheit

2. März 2020 - 6. Juli 2020

[Nichtfinanzielle Angaben von Großunternehmen \(Aktualisierung der Rechtsvorschriften\)](#)

Bank- und Finanzdienstleistungen

20. Februar 2020 - 11. Juni 2020



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -

Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Simon Lochmann

Konrad Pölzl, BA

Abbildungsverzeichnis

S. 2

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_20_941

S. 4

https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/president_de
https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/hahn_de
https://twitter.com/othmar_karas

S.11

<https://www.europarl.europa.eu/unitedkingdom/en/media/news/2018/nov2018/merkel.html>

S. 12

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=298#lg=1&slide=1>